

Grömling, Michael; Hüther, Michael

**Research Report**

## Deutsche Konjunktur: Brexit - Kein kurzfristiger Schaden für Deutschland

IW-Kurzbericht, No. 35.2016

**Provided in Cooperation with:**

German Economic Institute (IW), Cologne

*Suggested Citation:* Grömling, Michael; Hüther, Michael (2016) : Deutsche Konjunktur: Brexit - Kein kurzfristiger Schaden für Deutschland, IW-Kurzbericht, No. 35.2016, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157699>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Michael Grömling / Michael Hüther

### Deutsche Konjunktur

## Brexit - Kein kurzfristiger Schaden für Deutschland

**Der drohende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU erhöht die ohnehin schon hohe Unsicherheit für die deutschen Unternehmen. Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird in diesem und im kommenden Jahr kaum vom britischen Status quo belastet.**

Die Bevölkerung im Vereinigten Königreich hat sich knapp dafür ausgesprochen, nach über 40 Jahren die Europäische Union zu verlassen. Noch ist keine politische Entscheidung gefallen, was genau kommt. Die Entscheidungsträger werden wohl länger um Orientierung bei der Suche nach dem neuen britischen Normal ringen. Das wirft auch viele Fragen über die Zukunft der britischen Wirtschaft auf. Der 23. Juni 2016 hinterließ einen weißen Fleck auf der politischen und wirtschaftlichen Landkarte – uncharted territory!

Im Vorfeld der Volksbefragung wurden viele Studien erstellt, die sich mit den möglichen Auswirkungen eines Brexit auseinandergesetzt haben (siehe hierzu Busch/Matthes, 2016). Welche kurzfristigen konjunkturellen Beeinträchtigungen entstehen können, ist vor dem Hintergrund der aktuellen institutionellen

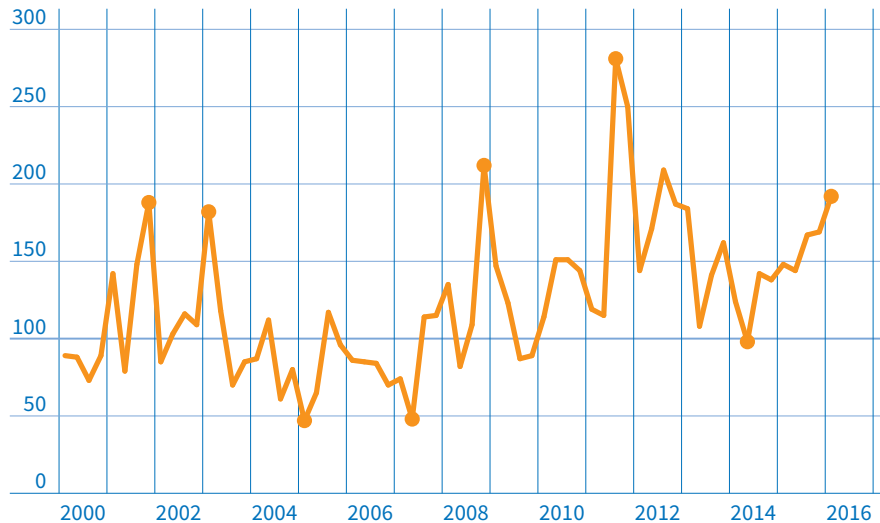
Orientierungslosigkeit allerdings kaum absehbar (Hüther, 2016). Die Handelsbeziehungen mit den britischen Unternehmen (siehe hierzu Busch, 2016) werden kurzfristig möglicherweise nicht belastet, zumal sich bis zum Vollzug des Austritts die relevanten Bedingungen (z. B. Zölle, Handelsbeschränkungen) nicht ändern. Die Geschäftspartner jenseits und diesseits des Kanals werden versuchen, ihre langen und guten Beziehungen zu pflegen. Business as usual ist eine Option.

Gefahren bestehen wohl eher mit Blick auf das Investitionsklima im Vereinigten Königreich. Ausländische Investoren dürften abwarten. Und es sollte auch nicht überraschen, wenn die Investitionslaune der britischen Firmen auf geraume Zeit gedämpft bleibt. Der von einer knappen Mehrheit gewollte Brexit schafft möglicherweise weniger ein konjunkturelles Desaster als einen langfristigen Schaden für das britische Wachstumspotenzial.

Was mag der drohende Brexit jetzt für die deutschen Unternehmen bedeuten? Einer ihrer wichtigsten Wirtschaftspartner ringt um Orientierung. Das verunsichert auch die Firmen hierzulande, und zwar in

## Politische Unsicherheit in Deutschland

Index der Politischen Unsicherheit<sup>1)</sup> für Deutschland;  
Durchschnitt 1993 bis 2011 = 100; Quartalswerte



1) Wahrnehmung der politischen Unsicherheit in Deutschland auf Basis des vom Institut Economic Policy Uncertainty herausgegebenen Indexes.  
Quellen: Economic Policy Uncertainty; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

einer Situation, in der schon seit geraumer Zeit die Unsicherheit wieder ansteigt (Abbildung).

Die Risikowahrnehmung der deutschen Unternehmen ist derzeit sehr ausgeprägt. Dabei bereiten die Unsicherheiten der europäischen Politik – unabhängig vom Brexit – den Unternehmen hierzulande die größten Sorgen (Grömling, 2016). Dies zeigt sich zum Beispiel in den Unstimmigkeiten in der Europäischen Union hinsichtlich der Flüchtlingsfrage, des adäquaten Reformkurses angesichts der hohen Staatsverschuldungen und der notwendigen fiskalischen und realwirtschaftlichen Anpassungsschritte sowie mit Blick auf die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Zudem bremst die nachlassende Wirtschaftsdynamik in den aufstrebenden Volkswirtschaften die deutschen Exportperspektiven. Auch viele Schwellenländer ringen um eine Neuorientierung ihrer politischen und ökonomischen Systeme. Die Wachstumsschwäche in den fortgeschrittenen Ländern hat Struktur- und Technologieprobleme in einer Reihe von Emerging Markets forciert. Die politischen Verhältnisse verhindern auch hier oftmals die notwendigen

Anpassungen. Und in dieser Situation bleiben inländische und ausländische Investoren eher zurückhaltend. Während die Schwellenländer über lange Zeit kräftig expandierten und damit die Robustheit der deutschen Exportwirtschaft auch in Zeiten der Euro-Schuldenkrise begründeten, sorgen auch sie derzeit für Unsicherheit und Vorsicht.

Vor dem Hintergrund der wieder angestiegenen wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten bleiben die Konjunkturaussichten der exportstarken deutschen Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr moderat. Der gute Start in das Jahr 2016 – das reale BIP übertraf im ersten Quartal 2016 den Vorquartalswert um 0,7 Prozent – ändert am Gesamtbild nicht viel. Die größten Impulse kamen dabei vom Privaten und öffentlichen Konsum. Hier materialisieren sich jedoch ausgeprägte Sondereffekte: Zum einen stimulieren die niedrigen und im ersten Quartal nochmals gesunkenen Energiepreise und niedrige Finanzierungskosten den Privaten Konsum. Diese Effekte tragen aber nur vorübergehend – weitere Impulse sind unwahrscheinlich. Zum anderen erfolgten merkbliche Konjunkturimpulse über den Konsum und die Investitionen der öffentlichen Haushalte

infolge der zusätzlichen Staatsausgaben für die Versorgung und Integration der Flüchtlinge.

Erfreulicherweise zogen aber auch die privaten Investitionen in den letzten Quartalen an, vor allem die Ausrüstungsinvestitionen. Dies überrascht angesichts der schwachen Exporttätigkeit und gestiegenen Unsicherheit. Eine kräftig anziehende Investitionstätigkeit wird gleichwohl für das gesamte Jahr 2016 nicht erwartet. Die Belastungen infolge der schleppenden Weltwirtschaft dürften die Investitionsneigung hierzulande weiter deckeln. Die Exporte standen zuletzt deutlich im Schatten der Importe, die mit 3 Prozent doppelt so stark zulegten. Entsprechend bremste der Außenbeitrag die konjunkturelle Dynamik hierzulande merklich ab.

Infolge der positiven Sondereffekte – billiges Geld, billiges Öl und billige Währung – ist Deutschland derzeit zwar jenseits von Stagnationssorgen. Gründe für mehr Zuversicht gibt es aber nicht – vor allem, wenn diese Sondereffekte auslaufen. Im ersten Quartal 2016 wurde das entsprechende Vorjahresergebnis trotz dieser Rückenwinde nur um 1,3 Prozent übertroffen. Der drohende Brexit verstärkt die Unsicherheit im Prognosezeitraum, die faktischen Gegenwinde durch die schwache Weltwirtschaft verstärkt er aber nicht spürbar. Der anhaltende Tiefdruck über Europa und den Schwellenländern dominiert das Gesamtbild. Ein kräftiges Hoch über Nordamerika ist nicht in Sicht. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln erwartet somit nach wie vor für die Jahre 2016 und 2017 jeweils ein Wachstum des realen BIP in Deutschland in einer Größenordnung von rund 1 ½ Prozent (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2016). Die Beschäftigung wird weiter leicht ansteigen und im Staatshaushalt kann trotz der flüchtlingsbedingten Ausgaben ein Defizit vermieden werden.

## Literatur

Busch, Berthold, 2016, Brexit und deutsch-britischer Außenhandel, IW-Kurzbericht, Nr. 31, Köln

Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2016, Brexit – The Economic Impact. A Meta-Analysis, IW-Report, Nr. 10, Köln

Grömling, Michael, 2016, Unternehmensrisiken – Europa verunsichert die deutschen Unternehmen, IW-Kurzbericht, Nr. 33, Köln

Hüther, Michael, 2016, Schadet ein Brexit Deutschland? in: Focus, v. 11.6.2016, Nr. 24, S. 50–51

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2016, Vordergründig robust, hintergründig anfällig, IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2016, in: IW-Trends, 43. Jg., Nr. 2, Online-Sonderausgabe 1.2016, S. 3–33